

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendbeilage einschließlich Fringelohn monatlich 30 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** St. Zingelstraße 14, II. Tel. 3465.  
**Sprechstunde** nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
**Expedition:** St. Zingelstraße 14, Tel. 1763.  
**Geschäftszeit** von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Ansätze** werden die 6spaltige Petitzeile mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Berechnungen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 86.

Dresden, Mittwoch den 16. April 1913.

24. Jahrg.

Der Bund der Industriellen und der Kaufleute haben zu den Vordruckvorlagen Stellung genommen und sich gegen die Erhöhung der Patrimonialbeiträge ausgesprochen.

Die Beule schlägt die Zahl der freiliebenden belgischen Arbeiter für gestern auf annähernd 400 000. In Brüssel wurden einige Streikposten verhaftet.

Die Bibliothek der Norwegens besichtigten in einem Generalstreik eingetreten.

Nach vorläufig noch unbefestigten Meldungen hat die Türkei zur Förderung der Friedensvermittlung mit den Verbündeten einen zehntägigen Waffenstillstand abgeschlossen.

Die Blockade der montenegrinischen Küste soll bis Dazurzo ausgedehnt werden.

verwirklichen Vorkommnissen von Nancy allgemeine Schlussfolgerungen auf die Bevölkerung von Frankreich zu ziehen. Auch die Pariser Presse verurteilt die Ausschreitungen. Nancy habe sich stets durch Chauvinismus ausgezeichnet, im übrigen Frankreich lägen die Verhältnisse ganz anders. Chauvinistische Geier gäbe es in Frankreich wie in Deutschland, schlimmer als unsere Mitbürgen seien sie aber auch drüben nicht. Das müsse die deutsche Regierung anerkennen, und wenn diese die Verhöhnung fördern wolle, so wäre das beste Mittel das: Gleich-Vorbringen der Selbstverwaltung zu geben, die im ganzen Lande verlangt werde.

Treffend legte unser Genosse Ledebour aber auch dar, daß die Ausweitung des französischen Abgeordneten Comptore-Morel aus Braunschweig und seine Behandlung in Wogdeburg ungleich schlimmer seien als das Vorkommnis in Nancy. Während sich in Frankreich einige Privatpersonen an deutschen Reisenden vergangen haben, wofür die französische Regierung nichts kann, haben in Deutschland die Organe der Regierung ein französisches Parlamentsmitglied verhaftet, über den Frieden, zur Verhöhnung der beiden Völker zu reden! Im Auslande, wo man für solche bürokratische Gewaltakte kein Verständnis hat, wird man diese Behandlung eines französischen Abgeordneten als einen unfreundlichen Akt gegen die Friedensliebe des französischen Volkes auffassen.

Wie wenig unsere deutschen Chauvinisten vor den französischen voraus haben, bezeugte Dr. Dertel, der direkt nach Herrn v. Jagow das Wort erhielt. Deutschland dürfe sich eine Behandlung seiner Staatsangehörigen, wie es in Nancy der Fall war, nicht gefallen lassen, so meinte er. Aber das Vorgehen gegen Comptore-Morel fand er „ganz selbstverständlich“. Wie Herr v. Tadmig, der preussische Minister des Innern, der fast zu gleicher Zeit daselbe im preussischen Landtag sagte. Nach Herrn v. Tadmig wurde der französische Abgeordnete Comptore-Morel am Sprechen verhindert und mit Ausweisung bedroht respektive ausgewiesen, weil er der Regierung als ein — Mächtigkeitsföhrer erschien!

Von dem Chauvinisten Dr. Dertel und dem preussischen Polizeiminister konnte nichts anderes erwartet werden. Aber auch der Fortschrittler Dr. Müller-Weinigen fand gestern im Reichstage nur scharfe Worte gegen die französischen Chauvinisten, während er die Behandlung des französischen Abgeordneten in Deutschland im wesentlichen deshalb bedauerte, weil dadurch wieder der legaldemokratischen Agitation genügt worden sei. Die übrigen Redner der bürgerlichen Parteien verniederten es überhaupt, auf die Bureaufratsstrolche in Wogdeburg und Braunschweig einzugehen, womit sie nur bekundeten, daß sie am wenigsten ein Recht haben, sich über den Chauvinismus in Frankreich zu beklagen.

Auffallend war in der gestrigen Sitzung des Reichstages noch die lebhafteste Art, mit der von verschiedenen Rednern, von Dr. Dertel, Prinz Schönau-Carolath und auch über die Verbannung des Heppelin-Lustschiffes in Frankreich verlangt worden ist. Dr. Dertel und Prinz Schönau-Carolath gingen dabei von der Ueberzeugung aus, daß es den Franzosen gelungen sei, die Konstruktion des Lustschiffes zu studieren. Im übrigen standen die Ausbildung der

Diplomaten und unsere Aufgaben in China im Vordergrund der Verhandlungen. Herr von Jagow will den Wunsch auf eine bessere Ausbildung der Diplomaten erfüllen, so weit er dazu in der Lage sei. Aber der Glaube, daß es in Zukunft besser werde, solange wir eine bürokratische, absolutistische Regierung haben, ist gewiß im ganzen Reichstag nicht zu finden. Die Anerkennung der chinesischen Republik wurde erfreulicherweise von allen Seiten verlangt, aus der Einsicht heraus, daß sich in China ein großer Markt für den europäischen Handel aufzutut.

Am Schluß der Sitzung hielt der fortschrittliche Abgeordnete Dove eine zwar kurze, aber vorzügliche Rede über die Entwicklung der internationalen Beziehungen und Verknüpfungen in wirtschaftlicher, sozialer, juristischer und allgemein kultureller Hinsicht, die deshalb auch interessant war, weil sie nicht nur die Lächerlichkeit der nationalen Phrasen, die Verwerflichkeit der chauvinistischen Hegeorien und die Sinnlosigkeit des internationalen Beitrittsens am besten zum Ausdruck brachte, sondern auch die internationale Betätigung der Sozialisten und den Optimismus auf einen kommenden ewigen Frieden rechtfertigte. Und deshalb bildete sie auch den besten und würdevollsten Abschluß der Verhandlungen, die sich leider ausschließlich mit dem französischen und dem deutschen Chauvinismus zu beschäftigen hatten.

## Der Chauvinismus im Reichstage.

Das bedauerliche, aber politisch gewiß bedeutungslose Vorkommnis in Nancy, wo Zeitungsnachrichten zufolge deutsche Reisende von französischen Chauvinisten Nozobs belästigt wurden, hat gestern den Reichstag beschäftigt. Herr v. Jagow, der Staatssekretär des auswärtigen Amtes, dessen Etat zur Beratung stand, nahm gleich bei Beginn der Sitzung das Wort, um der Welt zu zeigen, daß er doch etwas zu sagen wisse, was ihm in der ganzen Presse bestritten worden war. Und so schlug er denn über die Affäre von Nancy Töne an, als handle es sich um eine Verletzung des Völkerrechts durch eine fremde Macht und nicht um Missetaten unverantwortlicher, wahrscheinlich bezogener Personen. Weil in der einen Stadt Nancy, die infolge ihrer geographischen Lage und der Zusammenlegung ihrer Bevölkerung öfters der Schauplatz chauvinistischer Demonstrationen ist, einige Duzend Personen sich regelhaft benommen haben, spricht der Leiter der deutschen Außenpolitik von einem Ausbreiten des Chauvinismus in Frankreich! Wenn diese staatsmännische Tonhaltung des Herrn v. Jagow, aus einer Rücksicht einen Elefanten zu machen, einen Erfolg haben kann, so wird es nur der sein, daß nun in Deutschland der Chauvinismus ins Kraut schießt und damit die Beziehungen zu Frankreich nicht verbessert werden. Auch die sozialdemokratischen Redner, Ledebour und Dr. Weill, haben ihr Bedauern ausgesprochen und verlangt, daß die Sache von der deutschen Regierung untersucht werde, damit den beleidigten Personen Genugtuung geschehen könne. Hätte sich Herr von Jagow darauf beschränkt, das gleiche zu tun und zu versichern, die deutsche Regierung werde eine Entschädigung verlangen, falls sich der Vorgang so zugetragen habe, wie er in der Presse dargestellt werde, so hätte man gegen sein Auftreten nur einwenden können, daß der Vertreter der Regierung erst die amtliche Klarstellung hätte abwarten müssen, bevor er ein Urteil abgibt. Aber der deutsche Staatssekretär des auswärtigen Amtes hat auch gegen das französische Volk eine Anschuldigung erhoben, die gar nicht zutrifft. Besonders unser Genosse Dr. Weill, der Vertreter von Weib, stellte fest, daß es völlig unzulässig sei, aus dem bedauerlichen und ver-

## Zum belgischen Generalstreik.

Brüssel, 14. April.

Eine freudige Stimmung herrscht heute abend unter den Parteigenossen, die im Brüsseler Volkshaus und in den Delegationsräumen des Peuple, wo der Generalrat der Arbeiterpartei sein Hauptquartier eingerichtet hat, mit dem Arbeiten der Streikleitung beschäftigt sind. Der Ausgang des Streiks ist ein glänzender Erfolg! Nach einer im Bureau des Streikkomitees gemachten Aufstellung, die auf den durchaus zuverlässigen Informationen des Streikkontrollbureaus aus der Proving beruht, haben heute zwischen 340 000 und 350 000 Mann die Arbeit niedergelegt. Man wird die Bedeutung dieser Zahl begreifen, wenn man sie an einigen vergleichbaren Größen mißt: es gibt in Belgien 130 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, die der Generalkommission angegliedert sind; der Wahlrechtsstreik von 1893 erreichte nach drei Tagen mit etwa 200 000 Streikenden seinen Höhepunkt, und bei dem zweiten Wahlrechtsstreik im Jahre 1902 stieg die Zahl der Streikenden, die am ersten Tage kaum 150 000 betrug, erst nach drei Tagen auf etwa 300 000. Nach der letzten verfügbaren Gewerbestatistik, die allerdings aus dem Jahre 1896 stammt, gab es damals in Belgien, wenn man von der Hausindustrie absetzt, 682 000 Industrie- und Transportarbeiter und -arbeiterinnen. Man kann annehmen, daß diese Zahl inzwischen auf etwa 800 000 gestiegen ist. Davon kommen allerdings die Eisenbahner, etwa 70 000 an der Zahl, die kein Koalitionsrecht haben und fast gänzlich unorganisiert sind, für einen Massenstreik unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht in Betracht; außerdem begegnet

ständigkeit am königl. Polizeipräsidium, Berlin-Charlottenburg. — Weib läßt sich in dieser geschäftstätigen Welt fürs Geschäft kaum tun!

Der Detektivskandal von Rummelsburg ist trüb, dunkel und abstoßend und dem betrogenen, herzlich mißhandelten Mädchen bleibt nur der Trost, daß nunmehr der „reiche Mädelkäufer“ gerichtlich zu befragen ist. Wegen Freiheitsberaubung, Verleumdung, Körperverletzung, Betrug oder was sonst noch. Aber das Trübste an dem Rummelsburger Falle ist, daß der Lebelläter die Argumente seiner Verteidigung ohne Sophisterei aus der Alltagsmoral unserer Gesellschaft ableiten kann. In dieser Gesellschaft des Scheins gilt der Erfolg, der äußere Erfolg, der klingende Erfolg und der Weg des kapitalistischen Geschäftshelden geht nicht nur über das Lebensglück eines Mädchens, sondern über niedergedrückte Familien, über Berge von Leiden. Auch Schwarz sagte dem Erfolg nach und wie sehr er dabei so ganz in dem Denken seiner Welt aufging, beweist die Realität der Entlobungsanzeige, in der er seine „erfolgreiche Tätigkeit“ bekannnt gibt und die Beziehungen zu der angeblich leberführten bürgerlich korrekt ist. Er sieht dabei neben den modernen Erfolgskriterien fast noch einen Schein heller ab, denn sein ordinäres Tun hatte einen stark moralischen Hintergrund: er gedachte ein Verbrechen für taglich 10 R. Tagelohn (Auslagen und Unkosten extra) auszuüben. Doch er dabei das Liebesleben eines Mädchens beschmutzte, dürfte ihm kaum zum Bewußtsein gekommen sein. Im Inneren der bürgerlichen Presse wird täglich so viel Liebe öffentlich verhöhnt, daß ein Mann vom kalten Schwarz in seiner kriminalistischen Verlobung nichts anderes sehen konnte als ein im öffentlichen Interesse liegendes, mit der Zeitmoral durchaus im Einklang stehendes Geschäft.

Den Gentleman Schwarz wird niemand weiß zu waschen vermögen, aber er ist trotz allem leider nicht einmal der schwärzeste Repräsentant der kapitalistischen Moral, deren Verteidiger sich jetzt ach! so moralisch über ihren abstoßenden Spheroed Holmes erheben.

## Detektiv Schwarz.

Das Dienstmädchen Heinrich mußte aus der Haft entlassen werden, da sich keinerlei Anhaltspunkte dafür ergeben haben, daß sie mit dem Tode des Gymnasialisten in Zusammenhang steht. Aus der Vorgeschichte von Charlottenburg wurde der Detektivskandal von Rummelsburg. Die Vorgeschichte ist verhältnismäßig einfach: In Charlottenburg hängte sich im Oktober vorigen Jahres der Oberleutnant Nemann an eine Türklinke — eine Verleumdung des Kapitän Sailer-Blüthner. Die Eltern aber haben mehr — wie Eltern nun einmal so sind, unheimlich mit dem Seelenleben der Pubertätsjahre und den Mythen des Frühlingserwachens, da der Schritt in das große Dunkel so leicht und schnell getan wird. Sie witterten Nord und bestanden dem früheren Dienstmädchen einen Privatdetektiv an die Fersen.

War die Sache bis dahin düster und trübselig, so wird sie jetzt gemein und niedrig: Der Detektiv begibt sich nach Rummelsburg, schließt sich als „reicher Mädelkäufer“ erst in die Familie und dann in das Herz des Mädchens ein, beudelt heiße Zuneigung, legt öfters die Hand aufs Herz, macht Geschenke, bringt Blumen und verlobt sich eines schönen Tages mit der Rummelsburgerin, nur zu dem Ende, um aus ihr herauszulocken, daß jener Oberleutnant gewaltsam durch ihre Mithilfe um sein Leben gekommen. Unter den Suggestivfragen des „Bräutigams“ erlangt sie endlich eine abenteuerliche Geschichte von ihrem Liebhaber, der im Affekt den jungen Menschen umgebracht habe. Mit wie unmauerbaren Mitteln der laubere Herr Schwarz das Mädchen erpreßt hat, darüber erzählt die Betrogene nach einem Bericht der Berliner Volkszeitung:

Sie waren noch der Verlobung häufig abends im Hotel Schöner und plauderten dort bis in die späte Nacht. Eines Abends erzählte Schwarz mir, er habe von einem Freunde einen Brief erhalten, in dem dieser ihm mitteilte, daß ihm von der Familie Nemann der Verdacht geäußert sei, ich sei an der Ermordung des Gymnasialisten Nemann beteiligt. Ich sollte ihm doch die Wahrheit sagen, zwischen

Verlobten dürfte es kein Geheimnis geben. Ich erzählte ihm den wahren Sachverhalt und blieb dabei, daß ich nicht wisse, ob jemand und wer den jungen Mann ermordet habe. Schwarz drang immer wieder darauf hin, daß ich es wisse und es ihm sagen müsse. Bei der Unterhaltung war es schließlich 8 Uhr nachts geworden. Ich ging nicht nach Hause, sondern gab meinem Drängen, bei ihm zu bleiben, nach. Er sagte, daß ich das ruhig tun könne, da wir ja doch in nächster Zeit verheiratet sein würden.

Am nächsten Tage legte er das Gespräch über den angeblichen Mord fort. Er drang sehr in mich, meinte, ich müßte ihm jetzt sagen, wer der Täter sei, und drohte mir schließlich damit, daß er, falls ich es nicht sagte, die Verlobung aufheben und die Aufhebung in der Zeitung bekannt machen würde. Da ich davor Angst hatte und bestürzte, er würde tatsächlich keine Drohung in die Tat umsetzen, erforderte ich die Geschichte von dem angeblichen Mörder Schwarz, der den jungen Nemann nach einem Streit ermordet haben sollte. Ich gab an, daß der Schuld in der Berliner Straße wohnte. Nun diktierte mir Schwarz einen Brief an Schulz, den ich, obwohl die Adresse ja falsch war, nicht auslieferte. Den Brief hat Schwarz behalten und als Beweismaterial, wie ich jetzt erfahren habe, gegen mich ausgenutzt. Am Montag voriger Woche sollte mich Schwarz zum Spazierengehen ab; unterdessen hielt und ein Mann an, der mich fragte, ob ich Fräulein Heinrich sei, und mir dann mitteilte, ich solle nach am selben Tage als Zeugin vernommen werden. Wir gingen aus dem Gericht und in Gegenwart des Amtsrichters, des Bürgermeisters und Schwarz habe ich die Erzählung wiederholt. Ich habe das nur getan, weil Schwarz hinter mir stand, und weil ich befürchtete, ich könnte ihn, falls ich die Wahrheit sagte, verlieren.

Dann ging der im Namen der Gerechtigkeit wirkende Gentleman zu einem Tageblatt und frönte sein Wert mit einer Entlobungsanzeige: „Nach erfolgreicher Tätigkeit und durch das eigene Geständnis der Reichsjustiz ist es mir endlich gelungen, die Berliner Nordbafäre Nemann-Heinrich aufzuklären. Die Verhaftung der Beschuldigten ist erfolgt, und die Verlobung mit Fräulein Elisabeth Heinrich erlöste für aufgehoben. Paul Schwarz, Detektiv, Zu-